



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----------|
| Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen | 5 |
| AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen | 5 |
| Widerspruch gegen Allgemeinverfügung vom 30.11.2020..... | 5 |
| Jetzt ist es soweit - Landrat verpasst Kreisträten den Maulkorb! | 6 |
| Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen..... | 7 |
| BSZ Bautzen erlebt Ausbildungskahlschlag – Entwurf ist abzulehnen..... | 7 |
| Termine – Kreisverband Bautzen..... | 8 |
| Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag | 8 |
| Karsten Hilse – Remonstration | 8 |
| Ankündigung Informationsfahrten 2020 | 8 |
| Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag 9 | |
| Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 29.11.2020 | 9 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.11.2020 | 11 |
| Bauernprotest: Grüner Minister darf Bauern nicht länger gängeln | 11 |
| Zum 11. AfD-Bundesparteitag erklärt der sächsische Landesvorsitzende, Jörg Urban:..... | 11 |
| Kleine Anfrage enthüllt: Nur jeder vierte Sexualstraftäter wurde verurteilt | 12 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.12.2020 | 12 |
| GEZ-Erhöhung: CDU knickt erneut ein!..... | 12 |
| Staatsregierung zahlt 551.035 Euro an linksextremes Zentrum..... | 13 |
| Strukturwandel: Wertschöpfung in der Lausitz muss erhalten bleiben | 14 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.12.2020 | 14 |
| Pharmakonzerne müssen bei Impfschäden haften! | 14 |
| Amnestie für Häftlinge ist eine Verhöhnung der Opfer..... | 15 |
| Vom Lügenblatt zum MDR? Neuer Programmdirektor = Fehlbesetzung!..... | 15 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.12.2020 | 16 |



| | |
|---|-----------|
| Überflüssige Asyl-Heime schließen! Ansturm verhindern statt ermöglichen!..... | 16 |
| LSBTIQ-Beauftragte für 130.000 € Jahresgehalt..... | 17 |
| Zahl der Woche: 1! | 17 |
| Neues von der Alternative für Deutschland | 18 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 28./29.11.2020..... | 18 |
| Bundesvorstand fasst Grundsatzbeschluss zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ... | 18 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.12.2020 | 19 |
| 59 % der Afghanen klagen sich trotz abgelehntem Asylbescheid zurück!..... | 19 |
| Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag | 20 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.11.2020 | 20 |
| Aus Gran Canaria darf kein zweites Lesbos werden | 20 |
| CSU übernimmt Antrag der AfD-Fraktion zur Entlastung der Gastronomie..... | 21 |
| Für die Grünen ist Schutz von Gewalttätern wichtiger als Schutz der einheimischen Bevölkerung | 21 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.12.2020 | 22 |
| Arbeitsmarkt stirbt an Corona-Politik der Bundesregierung | 22 |
| Forderung von Brinkhaus nach stärkerer Beteiligung der Bundesländer berechtigt..... | 22 |
| Angebliche „Pestizid-Belastung in der Luft“ – Bundesregierung darf sich nicht an ideologischer Panikmache beteiligen | 23 |
| Lockdown-Politik ruiniert Volkswirtschaft und Staatsfinanzen!..... | 23 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.12.2020 | 24 |
| Höchst brisantes Gutachten! | 24 |
| Steuermittel für Werbefilme von Joko und Klaas sind eine Zumutung | 24 |
| Deutsche Schweinehalter entlasten – Exporte nach China wieder öffnen | 25 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.12.2020 | 25 |
| Armenier in Deutschland schützen und Erdogans Graue Wölfe verbieten..... | 25 |
| Urteil zur geschlechtsneutralen Ansprache verursacht sinnlose Bürokratie | 26 |
| Dramatischer Anstieg der Haftbefehle im Bereich des Islamismus – wir sitzen auf einer tickenden Zeitbombe | 26 |
| Attentat im Iran – Messen mit zweierlei Maß | 27 |
| Verlängerung des Lockdowns ist verantwortungslos! | 27 |
| Video-Empfehlungen | 29 |
| Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag | 29 |
| Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag..... | 29 |
| Kanal von AfD Kompakt TV | 29 |



| | |
|--|-----------|
| Wochenendpodcast der AfD:..... | 29 |
| AfD im EU-Parlament..... | 29 |
| Meldungen aus Deutschland und der Welt | 30 |
| Nachrichten aus Deutschland und der Welt | 30 |
| Transhumanismus: WEF-Gründer Schwab prophezeit "Verschmelzung physischer und digitaler Identität" | 30 |
| Agierte Laschets Sohn als Lobbyist beim Kauf von Corona-Schutzausrüstung in NRW? | 30 |
| Internationaler Flugverband will Reiseverbot für „Impfgegner“ durchsetzen!..... | 30 |
| Fingerabdruck auf Ausweis wird Pflicht | 30 |
| Ernst Wolff: "In den letzten Monaten hat die größte Bereicherungssorgie seit über hundert Jahren stattgefunden" | 30 |
| Deutsche Bank schließt 200 Filialen - auch Postbank betroffen | 30 |
| Überdimensionaler Wahlbetrug: 30.000 tote Wähler, 47 USB-Karten verschwunden, 1,2 Mio. Stimmen faul? | 30 |
| Bayerns Polizei bekommt gepanzerte Fahrzeuge mit Waffenstationen | 30 |
| Informationen zum Coronavirus | 31 |
| Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard | 31 |
| Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard | 31 |
| Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands | 31 |
| Wegen Corona: Deutschlands größte Friseurkette Klier ist insolvent..... | 31 |
| Dr. Wodarg und Dr. Yeadon beantragen den Stopp sämtlicher Corona-Impfstudien und rufen zum Mitzeichnen der Petition auf..... | 31 |
| Neue Impfstoffe noch gefährlicher: Fremd-DNA kann irreversible Schäden verursachen..... | 31 |
| Jetzt empfiehlt die WHO, Masken auch in der eigenen Wohnung zu tragen..... | 31 |
| Sonderauswertung Sterbefälle Deutschland 2020: Bis November exakt im Schnitt der Vorjahre | 31 |
| Neues UNFASSBAR-VIDEO: „Mainstream zeigt Flagge – Das kommt auf Corona-Impfbefürworter zu!“ | 31 |
| Massive Bedenken zu Covid-Impfung: Krankheit könnte verstärkt werden | 31 |
| Corona-Infos für Sachsen | 32 |
| Sächsische Corona-Schutz-Verordnung..... | 32 |
| Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen | 32 |
| Corona-Statistik Landkreis Bautzen | 32 |
| Allgemeinverfügung Landkreis Bautzen vom 30.11.2020 | 32 |
| Sachsen droht ein harter Lockdown | 32 |



| | |
|---|-----------|
| Ministerpräsident Kretschmer warnt vor komplettem Lockdown ab Januar..... | 32 |
| MICHAEL KRETSCHMER SAGT VORAUSS: NORMALITÄT ERST WIEDER AB MAI/JUNI 2021 | 32 |
| Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“ | 32 |
| Wörth: Zwei Afghanen sollen 17-Jährige vergewaltigt haben | 32 |
| Mann vor Geschäft in Kreuzberg angeschossen | 32 |
| Trier: Amokfahrer rast in Fußgänger – vier Tote und viele Verletzte | 32 |
| Weitere 99 Migranten aus Griechenland in Hannover gelandet | 32 |
| Fakten in Bildern | 33 |
| Achtung Satire! | 34 |
| Kommunalmandate im KV Bautzen | 35 |
| PRESSE-ARCHIV | 35 |
| SPENDENKONTO | 35 |
| KONTAKT:..... | 35 |



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen

Widerspruch gegen Allgemeinverfügung vom 30.11.2020

Sehr geehrter Herr Landrat,

die AfD Fraktion widerspricht der „Allgemeinverfügung zum Vollzug des Infektionsschutzgesetzes“ in Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen vom 30.11.2020. Vollinhaltlich bestehen die Begründungen zu unseren Widersprüchen vom 19.10. und 30.10.2020 fort. Zusätzlich möchten wir noch die folgenden Aspekte anführen:

Tag für Tag verkündet und kumuliert das Landratsamt Zahlen von sogenannten Coronavirus-Neuinfektionen als Anzahl der positiven Testergebnisse. Dabei beweist ein PCR-Test keine Infektion und ist diagnostisch nicht erlaubt. **Die Gleichsetzung eines positiven Testergebnisses mit einer Infektion oder Erkrankung ist auch nach dem Infektionsschutzgesetz nicht zulässig** und wissenschaftlich falsch. Wer keine Anzeichen einer Erkrankung hat, darf daher auch nicht in die Statistik von Fallzahlen der Neuinfektionen eingehen. **PCR-Massentestungen von symptomlosen Menschen bringen Ergebnisse ohne jede Aussagekraft.** Die Aufblähung der Fallzahlen ohne ärztliche Untersuchung widerspricht dem Infektionsschutzgesetz. Zudem ergab eine französische Studie kürzlich, daß die PCR-Tests bei mehr als 35 oder noch mehr DAN-Verdoppelungszyklen zu 97 % falsch positiv sind. Der Drosten-PCR-Test ist auf 45 Zyklen kalibriert. Auf diesen hohen Falsch-Positiv-Raten ohne Erkrankung bauen unverantwortliche Politiker auch in unserem Landkreis ihre Entscheidungen auf. **Der Drosten-Test ist so konzipiert, daß die Epidemie politisch steuerbar ist und theoretisch niemals aufhört.** Alle Corona-Verordnungen berufen sich auf Fake-Testergebnisse und sind daher rechtswidrig. Der PCR-Test wird von der Politik mißbraucht, um Angst und Panik zu verbreiten und Menschen zu verunglimpfen, die dieses Spiel durchschauen. Wie unverschämt man die Sars Cov 2-Erkrankung politisch instrumentalisiert, führte das „ZDF Panorama vom 27.11.2020“ mit dem folgenden Satz vor: **Zudem sind die Inzidenzwerte besonders in den Landkreisen gestiegen, in denen die AfD eine starke Wählerschaft versammelt.**

Die Kreistagsfraktion der AfD verlangt daher die Rücknahme der Allgemeinverfügung vom 30.11.2020, **die Wahrung von Recht und Gesetz** sowie eine wahrheitsgemäße Berichterstattung über die Sars Cov 2-Erkrankung auf einer wissenschaftlichen Grundlage.

Mit freundlichen Grüßen

Henry Nitzsche
Fraktionsvorsitzender
Kamenz, 1.12.2020



Jetzt ist es soweit - Landrat verpasst Kreisräten den Maulkorb!

Widerspruch gegen die am 02.12.2020 geänderte Tagesordnung für den Kreistag am 07. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Landrat,

Gegen die uns am gestrigen Tag zugegangene Änderung der Tagesordnung für den Kreistag am 07. Dezember 2020 legen wir unseren Widerspruch ein und protestieren auf das Schärfste gegen die von Ihnen zu verantworteten erneuten Willkürmaßnahmen:

- Wegfall des TOP Fragestunde der Bürger
- Wegfall des TOP Fragestunde der Kreisräte
- Wegfall des TOP Erteilung einer Rüge (Kreisrat Büchner, Linke)

Gemäß der aktuellen Corona Allgemeinverfügung des Freistaates Sachsen gelten die Beschränkungen nicht für:

„ Zusammenkünfte ... der kommunalen Vertretungskörperschaften ...oder anderer Stellen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, „ und „ ... für Zusammenkünfte von kommunalen Räten und von deren Ausschüssen und Organen. „ Die Teilnahme an öffentlichen Sitzungen und Terminen ist nach den geltenden Vorschriften zu gewährleisten.“

Für den Wegfall dieser Tagungsordnungspunkte können Sie sich daher nicht auf die Corona Verfügungen beziehen, sondern die Teilnahme von Bürgern des Landkreises ist ausdrücklich erlaubt. Der Wegfall des TOP „ Fragestunde der Kreisräte“ ist vergleichbar mit **einem Maulkorb**, den Sie speziell unserer Fraktion verpassen wollen.

Der Wegfall des TOP „ Erteilung einer Rüge“ an den Kreisrat der Linken Büchner ist für uns ebenso nicht nachvollziehbar. Seine langjährige Mitgliedschaft in kommunalen Gremien entbindet ihn nicht davon, Unwahrheiten über den Inhalt von Sitzungen öffentlich zu verbreiten.

Henry Nietzsche
Fraktionsvorsitzender
Kamenz, 3.12.2020



Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen

BSZ Bautzen erlebt Ausbildungskahlschlag – Entwurf ist abzulehnen

Sachsens Kultusministerium hat den Entwurf eines Teilschulnetzplanes für berufsbildende Schulen zur Anhörung freigegeben. Bis zum 1. März 2021 haben die Landkreise, die Kreisfreien Städte und der Landesausschuss für Berufsbildung, in dem die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer vertreten sind, die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Dazu kommentiert Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen:

„Der neue Entwurf ist eine große Enttäuschung für den Bildungsstandort Bautzen. Nach dem derzeitigen Stand soll zukünftig die Ausbildung der Bäcker, der Fachverkäufer im Lebensmittelhandwerk, der Köche sowie die Ausbildung der Fachkräfte im Gastgewerbe in Görlitz stattfinden.

Der Ausbildungsberuf Friseur wird ebenfalls nicht mehr in Bautzen angeboten. Das BSZ Bautzen steht für den Aufnahmejahrgang 2021/2022 nicht mehr zur Verfügung. Und dass, obwohl seit 2010 in Bautzen mehr Friseure ausgebildete wurden, als in Görlitz.

Die Begründung des Kultusministeriums, warum auch zukünftig Bankkaufleute in Dresden unterrichtet werden und nicht mehr in Bautzen, ist eine Bankrotterklärung an den ländlichen Raum. Begründung: `Es ist anzunehmen, dass sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren, auch aufgrund von Schließungen von Filialen im ländlichen Raum, verstärken wird`.

Die Welt wird digitaler, auch in den Großstädten, daher wird es auch dort Schließungen geben.

Bei so viel Verlust an Ausbildungsberufen hilft es nichts, wenn beim BSZ Bautzen zukünftig die Kernkompetenzen in den Berufsbereichen Metalltechnik und Elektrotechnik liegen sollen und mehr Elektroniker, FR Energie- und Gebäudetechniker ausgebildet werden.

Insgesamt ist der aktuelle Entwurf eine Bankrotterklärung des Bildungsstandort Bautzen. Bautzen ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Seit Jahren wurde viel und erfolgreich in das BSZ investiert. Wir brauchen hier weiterhin breit aufgestellte Ausbildungsangebote. Die CDU spielt hier eine Oberlausitzer Stadt gegen eine andere Oberlausitzer Stadt aus.

Ich erwarte vom CDU-geführten Landratsamt und der CDU-Bautzen, dass sie für den Bildungsstandort Bautzen kämpfen. Köche, Bäcker, Verkäufer, Bäcker und Friseure müssen in Bautzen bleiben!

Meine Forderung, dass der Freistaat gerade jetzt in den Bau von Berufsschulen im ländlichen Raum investiert sowie Neubauten plant und errichtet, hat er in einer Anfrage bereits abgelehnt.“

Quelle: https://www.berufsschulzukunft.sachsen.de/download/20_11_27_TSNP_BBS.pdf

Frank Peschel
Mitglied des Sächsischen Landtages



Termine – Kreisverband Bautzen

| | | | | |
|----|----------|-----------------|--|---|
| Sa | 05.12.20 | 15.00 Uhr | Theaterplatz Dresden | KUNDGEBUNG der AfD Sachsen für den Erhalt der Grundrechte |
| Mo | 07.12.20 | 14.00-17.00 Uhr | Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen | BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen |

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Karsten Hilse – Remonstration

<https://www.youtube.com/watch?v=1NNXGlpbPCM>

Ankündigung Informationsfahrten 2020

Leider fallen auch die Besuchsfahrten in den Deutschen Bundestag in diesem Jahr Corona zum Opfer.

Ob und in welcher Form diese Fahrten im nächsten Jahr stattfinden werden oder können, wird uns die Bundestagsverwaltung eventuell im Dezember mitteilen.

Für Rückfragen stehen wir unter Tel. 03591 / 5328336 gern zur Verfügung.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 29.11.2020

Liebe Freunde, liebe Leser,

von Professor Dr. Bruno Merk werden Sie vermutlich noch nie etwas gehört haben. Der deutsche Ingenieur forscht an der Universität Liverpool zur Kernkraft.

Davor war er am Helmholtz-Zentrum [#Dresden](#)-Rossendorf angestellt. Auch hier beschäftigte er sich mit der Entschärfung radioaktiver Rückstände, doch der politische Rückhalt für diesen Wissenschaftszweig bröckelte und zwang Merk ins englische Exil.

Gegenüber dem Deutschlandfunk beklagte er vor zweieinhalb Jahren, für deutsche Politiker sei das Bekenntnis zur Kernkraft ein Karrierekiller geworden. Deshalb sei es schwierig, ergebnisoffen darüber zu sprechen, und deshalb finde die Forschung eben jetzt in weniger engstirnigen Ländern statt.

Nüchtern betrachtet, bietet die [#Kernkraft](#) riesiges Potential. Sie hat das Zeug, mittelfristig die sauberste, günstigste, umweltschonendste und klimafreundlichste Technologie zur Erzeugung der von uns benötigten Energie zu werden.

Aus diesem Grund bauen viele Staaten aus Europa und der ganzen Welt neue Kernkraftwerke und investieren große Summen in ihre Weiterentwicklung. So gibt es inzwischen mehrere Verfahren, mit denen ein Recycling des angeblichen „Atommülls“ gelingen könnte.

Unter Laborbedingungen funktioniert das bereits. Der nächste Schritt sei es nun, diesen bahnbrechenden Fortschritt auf einen „großtechnischen Maßstab“ auszudehnen, betont Merk. In Belgien entsteht dazu aktuell eine Anlage, die in zehn bis fünfzehn Jahren ihren Betrieb aufnehmen könnte.

Frankreich, Italien, Spanien und einige weitere Staaten beteiligen sich daran. Die Bundesrepublik Deutschland dagegen zog ihre Unterstützung zurück. Denn die Altparteien diskutieren lieber, in welchen Regionen sie den strahlenden „Atommüll“ in unterirdischen Höhlen vergraben wollen.





Merk hält das für eine fundamentale Fehlentscheidung. Sie bedeute für Deutschland: „Wir haben unseren Atommüll für eine Million Jahre, während andere sagen: Wir haben nur 1.000 Jahre.“ Nachhaltig wäre es folglich, die radioaktiven Rückstände zumindest unschädlich zu machen.

Doch es geht sogar noch mehr: Die radioaktiven Rückstände sind kein Müll, sondern Wertstoffe, die neue Energie liefern. Würde Deutschland seinen „Atommüll“ wiederverwerten, „können Sie drei Kernreaktoren für circa 45 Jahre betreiben“, rechnet Merk vor, der es in Zukunft auch für denkbar hält, auf den in der Tat bedenklichen Uranbergbau verzichten zu können.

Ich kann Ihnen jetzt natürlich nicht mit 100%-Sicherheit sagen, wie viel sich von diesen Visionen in welcher Zeitspanne bewahrheitet und welche Verfahren sich tatsächlich industriell realisieren lassen. Eins ist aber gewiss: Die Erfolge der Forschung in den letzten Jahren sind so beeindruckend, dass wir weitermachen müssen. Weder das Auto, das Flugzeug, der Computer oder das Handy wurden schließlich an einem Tag perfektioniert.

Stellen Sie sich einmal vor, man hätte die Entwicklung des Computers in den 1960er-Jahren eingestellt, weil das damals noch raumfüllende Rechenmaschinen waren, die kaum etwas konnten. Wäre das intelligent gewesen? Und wo würden wir heute ohne Computer stehen?

Sie können dieses Gedankenexperiment selbstverständlich auch für die Erfindung des Rades durchspielen. Das Ergebnis ist ähnlich: Es lohnt sich, technologie- und ergebnisoffen zu forschen. Dieser Instinkt, das noch Unbekannte zu ergründen, ist es, der die Zivilisation voranbringt und Wohlstand ermöglicht.

Es ist daher desaströs, wenn die [#CDU](#) aus Angst vor der bekannten grünen Panikmache unsere klügsten Köpfe wie Prof. Merk ins Ausland vergrault. Wir müssen vielmehr alles dafür tun, um sie nach Sachsen zurückzuholen.

In Rossendorf, an der TU Dresden und an der Hochschule [#Zittau](#)/Görlitz gibt es eine lange Tradition der Kernkraftforschung. Auch am Recycling radioaktiver Rückstände wurde dort bis vor wenigen Jahren getüftelt. Die [#AfD](#) setzt sich dafür ein, diese Tradition zu reaktivieren, denn wir stehen lieber an der Spitze des Fortschritts, statt anderen Ländern hinterherzuhinken.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/3586263688132169/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.11.2020

Bauernprotest: Grüner Minister darf Bauern nicht länger gängeln

Heute haben „Land schafft Verbindung“ und der Bauernverband gemeinsam zum Protest in der Landeshauptstadt aufgerufen, um ein Positionspapier an CDU-Ministerpräsident Kretschmer und Landwirtschaftsminister Günther zu übergeben.

Jörg Dornau, landwirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Die AfD unterstützt den Protest der sächsischen Bauern auf ganzer Linie. Unter der Regie des grünen Agrarministers Wolfram Günther haben sich die Bedingungen für unsere Landwirte nochmals deutlich verschlechtert.

Die pauschale Ausweisung roter Gebiete, in denen weniger gedüngt werden darf, ist falsch und bringt viele Bauern in eine wirtschaftliche Notlage. Eine große Anzahl der Nitratmessstellen ist fehlerhaft, wie ein neues Gutachten belegt. Es muss zu einer Neubewertung und Verkleinerung der roten Gebiete kommen, so wie es andere Bundesländer bereits vorgemacht haben.

Die sächsischen Bauern sind immer noch nicht in die Umsetzung der neuen Düngeverordnung eingebunden, obwohl die Regierung das versprochen hatte. Es zeigt sich einmal mehr, dass es ein großer Fehler der CDU war, ein so wichtiges Ministerium der grünen Verbotspartei nur aus Gründen des Machterhalts zu überlassen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/bauernprotest-gruener-minister-darf-bauern-nicht-laenger-gaengeln/>

Zum 11. AfD-Bundesparteitag erklärt der sächsische Landesvorsitzende, Jörg Urban:

„Ich gratuliere ganz herzlich unseren sächsischen Parteimitgliedern, die für verantwortungsvolle Posten auf Bundesebene gewählt wurden. Christopher Hahn ist jetzt 5. Bundesschiedsrichter und

Carsten Hütter Schatzmeister der AfD. Damit ist Sachsen personell sehr zahlreich auf der Bundesebene vertreten.



Das beschlossene Rentenkonzept ist ebenfalls ein Erfolg für Sachsen. Wir konnten unsere Forderung einbringen, dass Geringverdiener bei der Rente bessergestellt werden als Personen, die nicht oder kaum gearbeitet haben. Kinderlose müssen endlich mehr in die Rente einzahlen, als Familien und auch Politiker und Beamte müssen ihren Beitrag leisten. Damit haben wir das fortschrittlichste Rentenkonzept aller Parteien, auch wenn die Medien darüber kaum ein Wort verlieren.

Schade ist allerdings, dass erneut die Einheit unserer Partei in Frage gestellt wurde. Ein Bundesvorsitzender muss verschiedene Strömungen in der Partei einen, statt sie zu spalten.“

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/3270461109749717>



Kleine Anfrage enthüllt: Nur jeder vierte Sexualstraftäter wurde verurteilt

Unfassbar, aber wahr! In Sachsen kommt es jeden Monat zu einer Gruppenvergewaltigung. Verübt werden sie hauptsächlich von Ausländern. Im Jahr 2019 wurden lediglich drei Deutsche, dafür aber 15 Ausländer als Tatverdächtige erfasst.

Das ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs, wie eine Kleine Anfrage (Drs. 7/4215) unseres Abgeordneten **Mario Kumpf** ergab. Auf seinen Druck hin musste die CDU-geführte Regierung jetzt zugeben, dass allein im beschaulichen Löbau mit seinen rund 14.500 Einwohnern seit 2017 insgesamt 69 Sexualdelikte angezeigt wurden.

Brisant: Dabei konnten zwar 62 Tatverdächtige ermittelt werden. Allerdings wurden bislang nur 16 Personen rechtskräftig verurteilt. Das heißt: Nur jeder vierte Sexualstraftäter erhält vor Gericht zeitnah eine Strafe. „Angesichts der aufgeführten Straftaten – angefangen beim sexuellen Missbrauch von Kindern bis hin zur Gruppenvergewaltigung – ist das eine desaströse Bilanz“, kommentiert Kumpf.

Ebenso musste die Regierung nun offiziell bestätigen, dass die Gruppenvergewaltigung durch mehrere Türken vom 25. Dezember 2019 monatelang verschwiegen wurde. Zur Anzeige kam sie bereits im Januar 2020, doch erst im Herbst erfuhr die Öffentlichkeit davon.

Kumpf erklärt dazu: „Diese Verschleierungstaktik ist inakzeptabel. Bei schweren Verbrechen müssen die Bürger informiert werden, doch die CDU setzt alles daran, gerade Straftaten von Migranten zu vertuschen. Zum Beispiel beantwortete mir CDU-Innenminister Roland Wöllner auch diesmal nicht, welche weiteren Straftaten bei den Beschuldigten der Gruppenvergewaltigung vorliegen. Von Transparenz ist die Regierung damit weit entfernt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/kleine-anfrage-enthueilt-nur-jeder-vierte-sexualstraftaeter-wurde-verurteilt/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.12.2020



GEZ-Erhözung: CDU knickt erneut ein!

Die CDU in Sachsen-Anhalt will nun doch nicht gegen die geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrages stimmen, berichtet die FAZ.

Dazu erklärt der AfD-Landesvorsitzende, Jörg Urban:

„Auf die CDU ist einfach kein Verlass. Entgegen ihrer Ankündigung knickt sie nun beim Rundfunkbeitrag ein. Ein Verhalten, dass wir bereits von Herrn Kretschmer in Sachsen kennen. Vor der Landtagswahl versprach der CDU-Ministerpräsident, die Zwangsgebühren für den Staatsfunk stabil zu halten. Das war milde ausgedrückt eine



Wählertäuschung, denn nach der Wahl beschloss der Landtag mit CDU-Stimmen die Gebührenerhöhung.

Die AfD bleibt somit die einzige Partei, die die massiven Fehlentwicklungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk umfassend korrigieren will. Neben exorbitanten Gehältern und teuren Doppelstrukturen krankt der Staatsfunk vor allem an seiner einseitigen Berichterstattung. Erst kürzlich gaben 92 Prozent der ARD-Nachwuchsjournalisten an, linke Parteien zu wählen. Auch daher rührt der enorme Vertrauensverlust in die Staatsmedien.

Wir wollen die GEZ-Zwangsgebühren ganz abschaffen. Wer das Rundfunk-Angebot gut findet, wird dafür auch freiwillig bezahlen.“

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/3273423626120132/>

Staatsregierung zahlt 551.035 Euro an linksextremes Zentrum

Am Wochenende gab es mehrere schwere Angriffe von mutmaßlichen Linksextremisten. Nach einer Attacke von fünf Vermummten auf einen 30-jährigen ermittelt die Polizei in Chemnitz wegen gefährlicher Körperverletzung. In Leipzig-Connewitz wurde erneut die Polizeistation mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen und ein Beamter verletzt.

Gleichzeitig belegt eine Anfrage der AfD-Fraktion (7/4461), dass ein von Linksextremisten genutzter Verein in den letzten drei Jahren 551.035,64 Euro vom Freistaat an Fördergeldern erhalten hat. Im Dresdner AZ Conni hat die linksextrem eingestufte „Undogmatische Radikale Antifa – (URA)“ ein logistisches Zentrum.

Martina Jost, AfD-Landtagsabgeordnete und Antragstellerin, erklärt:

„Ich finde es skandalös, wie linksextreme Jugendzentren mit dem Geld der Steuerzahler finanziert werden. Das sind Brutstätten des linken Terrors, unter dem die sächsischen Bürger immer massiver zu leiden haben. Die Treffpunkte von Linksextremisten, wie z.B. das Dresdner Conni 18, das AJZ Chemnitz und das Leipziger Conne Island, dürfen keinerlei öffentliche Unterstützung mehr erhalten und müssen von der Zivilgesellschaft endlich geächtet werden.

Laut Verfassungsschutz begingen linke Extremisten im letzten Jahr mit Abstand die meisten politisch motivierten Gewalt-Straftaten. Durch die jahrelange Untätigkeit der Staatsregierung hat sich besonders Leipzig zu der deutschlandweiten Hochburg linker Gewalt entwickelt, wovor selbst das BKA warnt. Der Polizeiposten in Connewitz wurde bereits mindestens 15-mal angegriffen – passiert ist bisher fast nichts.

Ich habe das Gefühl, die Regierung von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer unterscheidet bei politisch motivierter Gewalt zwischen schlechter und weniger schlechter Gewalt. Anders kann ich mir nicht erklären, warum hier sehenden Auges die Entwicklung eines gewaltbereiten Linksextremismus geduldet und sogar noch finanziell gefördert wird.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/staatsregierung-zahlt-551-035-euro-an-linksextremes-zentrum/>





Strukturwandel: Wertschöpfung in der Lausitz muss erhalten bleiben

Zum Strukturwandel der Lausitz erklärt der bergbaupolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Roberto Kuhnert:



„Die Aufgabe der Bundesregierung und des Freistaates Sachsen ist es, die ökonomische Wertschöpfung in der Lausitz zu erhalten. Dafür reicht es aber nicht aus, mit Steuergeldern ein paar Forschungszentren anzusiedeln.

Vielleicht ziehen durch die geplanten Einrichtungen ein paar Wissenschaftler in die Lausitz. Den Arbeitnehmern in der wegbrechenden Kohleindustrie ist damit aber nicht geholfen. Sie werden von der CDU-geführten Regierung im Regen stehen gelassen.

Grundsätzlich glauben wir, dass die Lausitz Energieregion bleiben sollte. Wir können uns dabei auch vorstellen, die in Sachsen traditionsreiche Kernkraftforschung zu reaktivieren.

Die Kernkraft ist auf dem Weg, die umweltschonendste und zuverlässigste Energietechnologie zu werden. Im Ausland gibt es gerade bahnbrechende Fortschritte und eine regelrechte Renaissance der Kernkraft. Es wäre töricht, hier weiter an der Seitenlinie zu verharren.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/strukturwandel-wertschoepfung-in-der-lausitz-muss-erhalten-bleiben/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.12.2020

Pharmakonzerne müssen bei Impfschäden haften!

Pharmakonzerne müssen bei Corona-Impfstoffen keine Haftungen für mögliche Nebenwirkungen und Impfschäden übernehmen. Darüber berichtet das Portal aerzteblatt.de.

Dazu erklärt der AfD-Generalsekretär, Jan Zwerg:

„Es ist inakzeptabel, dass die großen Pharmakonzerne einen derartigen Freifahrtschein erhalten, auf Kosten der Gesundheit der Bürger. Wer keine Haftung übernehmen muss, wird seinen Impfstoff so schnell wie möglich auf den Markt werfen, um möglichst viel Profit zu ernten.

Das Desaster mit der Schweinegrippe darf sich auf keinen Fall wiederholen. Vor zehn Jahren wurde ebenfalls der Ruf nach einem schnellen Impfstoff ohne ausreichende Überprüfung laut. Das Ergebnis waren tausende Impfschäden: von allergischen Schocks, Gesichtslähmungen, Zuckungen und Gehirnentzündungen bis hin zu Narkolepsie.

Die Regierung muss sicherstellen, dass der Corona-Impfstoff genauso sorgsam wie alle anderen





Impfstoffe auf Nebenwirkungen geprüft wird. Das ist besonders wichtig für Berufsgruppen wie Pflegekräfte, für die wahrscheinlich eine Impfpflicht durch die Hintertür kommen wird.“

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/3276032842525877/>

Amnestie für Häftlinge ist eine Verhöhnung der Opfer

Die grüne Justizministerin Katja Meier hat zum Jahresende eine Amnestie für 60 Strafgefangene durchgesetzt.



Dr. Volker Dringenberg, rechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Die AfD hält dieses Signal für falsch. In den letzten Jahren hat sich in Sachsen bereits eine ‚Kuscheljustiz‘ etabliert, die potentielle Straftäter immer weniger vor kriminellen Handlungen abschreckt. Die oft verhängten Bewährungsstrafen und gemeinnützigen Arbeitsstunden sind gerade für junge Erwachsene und Asylbewerber keine hinreichenden Warnsignale, die sie von einer beginnenden kriminellen Karriere abhalten.“

Es wäre viel besser gewesen, zu Weihnachten das Leid der Opfer von Straftaten in den öffentlichen Fokus zu rücken.

Ihnen hätte Frau Meier z.B. einen Gutschein schenken können. Stattdessen engagiert sich die grüne Justizministerin nur für die Täter und zeigt den Opfern weitestgehend die kalte Schulter. Viele Opfer werden diese Amnestie als Verhöhnung empfinden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/amnestie-fuer-haeftlinge-ist-eine-verhoehnung-der-opfer/>

Vom Lügenblatt zum MDR? Neuer Programmdirektor = Fehlbesetzung!

Laut der Sächsischen Zeitung soll Klaus Brinkbäumer neuer Programmdirektor des MDR in Leipzig werden. Brisant: Als Brinkbäumer noch Chefredakteur des „Spiegel“ war, entstanden viele der Fälschungen und Lügengeschichten des Journalisten Claas Relotius.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende **Jörg Urban**:

„Ich kann nicht nachvollziehen, warum MDR-Intendantin Karola Wille ausgerechnet auf Klaus Brinkbäumer gekommen ist. Zum einen kennt er sich als Westdeutscher mit unserer Region nicht aus. Zum anderen ist er tief verwickelt in den Relotius-Skandal.“



Laut FAZ deckte Brinkbäumer die Lügengeschichten von Claas Relotius sogar noch, nachdem in Leserbriefen auf die offensichtlichen Fälschungen hingewiesen wurde. Diese Hinweise hatte Brinkbäumer nachweislich in seinem Postfach und räumte ein, sich ‚in Umrissen‘ an die Leserbeschwerden erinnern zu können.



Ebenso ist belegt, dass Brinkbäumer trotz eigener Zweifel an ihm vorliegenden Texten nie Konsequenzen zog. Er hätte in seiner Position als Chefredakteur die Pflicht gehabt, die Lügengeschichten zu stoppen.

Wer solch schwerwiegende Fehler über einen längeren Zeitraum macht, kann vielleicht noch als Lokalredakteur in Hintertupfing eingesetzt werden. Als Programmdirektor mit einem vermutlich sechsstelligen Jahresgehalt ist er hingegen

eine Fehlbesetzung.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/vom-luegenblatt-zum-mdr-neuer-programmdirektor-fehlbesetzung/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.12.2020

Überflüssige Asyl-Heime schließen! Ansturm verhindern statt ermöglichen!

Zur Kleinen Anfrage (Drs. 7/4442) mit dem Titel „Unterbringung von Asylsuchenden“ erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, **Sebastian Wippel**:

„Nur ein Drittel der Plätze in sächsischen Aufnahme-Einrichtungen (AE) für Asylbewerber sind aktuell belegt. Es wäre also ohne Weiteres möglich, die Hälfte dieser Einrichtungen zu schließen, um Kosten zu sparen und die Gebäude für andere Zwecke nutzen zu können.

Wie meine Kleine Anfrage ergeben hat, kostete allein die im Stand-By-Modus betriebene Einrichtung in der Stauffenbergallee in Dresden den Steuerzahler nur für 2019 insgesamt 829.082 Euro. Wie will man diese Verschwendung jenen Menschen plausibel erklären, die durch die Corona-Krise unverschuldet in existenzielle Finanznöte geschlittert sind?

Es gibt somit zwei Möglichkeiten: Entweder werden die überflüssigen Einrichtungen geschlossen oder wir nutzen die vorhandenen Kapazitäten des Freistaates Sachsen, um die Landkreise und kreisfreien Städte zu entlasten. Asylbewerber länger in den Erstaufnahme-Einrichtungen zu behalten, hätte den Vorteil, das Sachleistungsprinzip besser anwenden zu können. Auch wäre die Rückkehrberatung leichter.

Einen ungebremsten Asyl-Ansturm wie 2015 darf es in Deutschland nie wieder geben. Aus diesem Grund können wir die Anzahl der Asylheime deutlich reduzieren. Wer hingegen wie CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer die Kapazitäten hoch halten will, rechnet anscheinend bereits mit dem nächsten Ansturm, statt ihn zu verhindern.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/ueberfluessige-asyl-heime-schliessen-ansturm-verhindern-statt-ermoeglichen/>



LSBTTIQ-Beauftragte für 130.000 € Jahresgehalt

Die grüne Justizministerin Katja Meier hat erneut einen hochdotierten Posten für eine Genossin geschaffen. Jetzt gibt es in Sachsen eine Landesbeauftragte für Antidiskriminierung und die Belange von Schwulen, Lesben, bisexuellen, trans- und intersexuellen sowie queeren Menschen (LSBTTIQ). Sie hat eine ungewöhnlich hohe B7-Einstufung, berichtet BILD. Andrea Blumtritt dürfte sich damit über 130.000 Euro Jahresgehalt freuen können.



„Während viele Bürger und Betriebe um ihre Existenz bangen, bläht sich die Regierung immer weiter auf“, erklärt der AfD-Landesvorsitzende, Jörg Urban. „Sage und schreibe 470 neue Pöstchen hat sich das Kabinett von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer genehmigt. Und das zu Gehältern, von denen die meisten Sachsen nur träumen können.“

Die Grünen haben schon immer öffentlich die Werbetrommel für mehr Umverteilung gerührt. Dass diese Umverteilung von Steuergeldern aber auch schamlos in die eigene Tasche geht, wird vielen Sachsen erst jetzt schmerzhaft bewusst. Ein großer Teil der neuen Stellen ist in den beiden grünen Ministerien angesiedelt. Hier können sich die CDU-Wähler bei Herrn Kretschmer bedanken, was für ein Überraschungsei er ihnen ins Körbchen gelegt hat.“

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/3278652348930593>



Zahl der Woche: 1!

Bis zu 69 Millionen Euro soll die Corona-Warn-App gekostet haben. Deshalb wollten wir einmal wissen, wie erfolgreich sie ist.

Das Ergebnis für **#Sachsen**: „Insgesamt haben sich 16 Personen aufgrund von Warnhinweisen aus der Corona-Warn-App testen lassen. Davon wurde eine Person positiv getestet.“

So lautet die Antwort von Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) auf unsere Kleine Anfrage Drs. 7/4449. **#CoronaApp**

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/3541099915959501/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 28./29.11.2020

Bundesausschuss fasst Grundsatzbeschluss zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Der Bundesausschuss hat in seiner außerordentlichen Präsenzsitzung am 27.11.2020 vor dem 11. Bundesparteitag der Alternative für Deutschland in Kalkar einstimmig folgenden Grundsatzbeschluss zum Thema „AfD und freiheitlich-demokratische Grundordnung“ gefasst:



1. Die AfD bejaht die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes. Sie tritt aktiv für die Wahrung der Demokratie, des Rechtsstaats und für die Achtung und den Schutz der Menschenwürde ein.
2. Wenn ein Mitglied sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet, ist das ein sehr schwerwiegender Verstoß gegen die Grundsätze der Partei.
3. Wenn ein Mitglied Äußerungen tätigt, die inhaltlich mit einem der Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind, oder wenn ein Mitglied Äußerungen macht oder andere Verhaltensweisen vornimmt, die rechtmäßig als Anhaltspunkte für gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen der AfD gewertet werden können, ist das ein erheblicher Verstoß gegen die Grundsätze der Partei.
4. In der Praxis hat sich allerdings gezeigt, dass die Verfassungsschutzbehörden häufig Äußerungen oder andere Verhaltensweisen als Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der AfD oder einer Gliederung der Partei bewerten, obwohl sie nach Auffassung der AfD nicht so bewertet werden dürfen und die Bewertung der Verfassungsschutzbehörden nach Auffassung der AfD also rechtswidrig ist. Im Falle rechtswidriger Bewertungen der Äußerungen oder anderen Verhaltensweisen eines Mitglieds liegt kein Verstoß des Mitglieds gegen Grundsätze der Partei im Sinne von Nr. 2 oder Nr. 3 vor. Die AfD geht in geeigneter Weise gegen rechtswidrige Bewertungen der Verfassungsschutzbehörden gerichtlich vor.
5. Bei rechtlichen Streitigkeiten über Bewertungen der Verfassungsschutzbehörden geht es der AfD darum, die Offenheit des politischen Willensbildungsprozesses und die Meinungsfreiheit gegen rechtswidrige Einengungen seitens des Verfassungsschutzes und gegen die politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes zu verteidigen. Es geht ihr in keinem Fall darum, politische Positionen zu verteidigen, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind.
6. Da die AfD die freiheitliche demokratische Grundordnung uneingeschränkt bejaht und sie gegen ihre Verletzung verteidigt, beruhen die Rechtsstreitigkeiten, welche die AfD gegen



Verfassungsschutzbehörden führt, auf einem unterschiedlichen Verständnis davon, welche Anforderungen sich aus der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Hinblick auf Äußerungen und andere Verhaltensweisen ergeben, mitunter auch aus einer unterschiedlichen Interpretation einzelner verfassungsrechtlicher Anforderungen. Im Streit um die richtige Interpretation kann am Ende eines gerichtlichen Verfahrens nur eine Seite Recht bekommen. Die AfD erklärt hiermit, dass sie nach Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Rechtsschutzmöglichkeiten das Ergebnis der letztinstanzlichen Entscheidung, gegebenenfalls der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, akzeptieren wird. Das heißt konkret insbesondere: Falls sich herausstellen sollte, dass bestimmte Äußerungen, die nach Auffassung der AfD verfassungskonform sind, nach der letztinstanzlichen verwaltungsgerichtlichen Entscheidung und gegebenenfalls nach Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht vom Verfassungsschutz zutreffend als Anhaltspunkte für gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen gewertet worden sind, wird die AfD solche Äußerungen künftig unterlassen und mit den Mitteln des Parteiordnungsrechts dies auch gegenüber ihren Mitgliedern durchsetzen.

[gemeinsam-fuer-das-grundgesetz.de](https://www.afd.de/gemeinsam-fuer-das-grundgesetz.de)

<https://www.afd.de/bundesvorstand-fasst-grundsatzbeschluss-zur-freiheitlich-demokratischen-grundordnung/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.12.2020

59 % der Afghanen klagen sich trotz abgelehntem Asylbescheid zurück!

Auch fünf Jahre nach dem Horror-Asylsommer 2015 hat sich kaum etwas geändert am Zustand des Kontrollverlusts: Aufgrund der Politik der Masseneinwanderung ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) offenbar so überlastet, dass Tausende Asylbescheide mit heißer Nadel gestrickt sind und deshalb permanent vor Gericht gekippt werden. Sage und schreibe 59 Prozent der afghanischen Asylbewerber **konnten im Jahr 2019 trotz abgelehntem Bescheid ihr Ticket nach Deutschland zurückklagen!** Allein in den ersten neun Monaten des Jahres riefen Afghanen 9.557-mal gegen Asylbescheide die Gerichte an. 5.644-mal hatte die Klage Erfolg! Diese erschreckenden Zahlen bestätigen nur, dass das weltfremde Klagerecht gegen Asylbescheide abgeschafft werden muss.



Solange es dieses Klagerecht aber noch gibt, muss gefragt werden, wie es zu einer solch extremen Fehlerquote kommen kann. Die Gründe für diese Dauer-Asyl-Farce sind vielfältig, doch sie alle haben eine gemeinsame Ursachenklammer: Absolute Unfähigkeit und politisches Versagen der Merkel-Regierung. Es fehlt an Personal und Qualifizierung: Den 3.000 zusätzlichen BAMF-Mitarbeitern, die zwischen 2016 und 2017 im Rahmen eines Projekts eingestellt wurden, mutete die Bundesregierung eine Turbo-Qualifizierungszeit von vier Wochen zu – das ergab die Antwort der Bundesregierung auf eine AfD-Anfrage im Bundestag (Drucksache 19/6813). Doch nicht der einzelne BAMF-Mitarbeiter, sondern die Bundesregierung ist dafür verantwortlich, dass die Asylbescheide unter dem Druck einer regelrechten Asyl-Flut schlichtweg nicht mehr adäquat zu bearbeiten waren. Anstatt einen



Völkerwanderungs-Spaziergang über die deutsche Grenze zu ermöglichen, muss der Asylanspruch schon an der Grenze geprüft werden.

[Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thomas Seitz, Corinna Miazga, Tobias Matthias Peterka, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD \(Drucksache 19/6813\).](#)

<https://afdkompakt.de/2020/12/03/59-der-afghanen-klagen-sich-trotz-abgelehntem-asylbescheid-zurueck/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.11.2020

Aus Gran Canaria darf kein zweites Lesbos werden

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Lothar Maier ist am Wochenende nach Las Palmas de Gran Canaria gereist, um sich dort persönlich über den Massenansturm illegaler Migranten aus Marokko und Mauretanien auf die Insel zu informieren. Nach offiziellen Angaben erreichten in den vergangenen Wochen mindestens zehntausend Migranten aus den beiden nordafrikanischen Ländern die Kanarischen Inseln in kleinen hölzernen Fischerbooten. Wie viele andere die gefährvolle Fahrt über den winterlichen Atlantik nicht überlebten, ist nicht bekannt.

Mitglieder der Regionalregierung (Cabildo) von Gran Canaria erläuterten Maier die Probleme, vor die sich die Verwaltung durch das Eindringen einer solch großen Zahl von Migranten gestellt sieht. Nach der völligen Überfüllung der Erstaufnahmestelle in Mogan und sehr problematischen hygienischen Verhältnissen dort wurden zahlreiche Migranten in Vier- und Fünf-Sterne-Hotels dieser Zone untergebracht; Unterbringung in geeigneten Zeltstädten sei in der Kürze der Zeit durch die Zivilverwaltung nicht möglich gewesen. Das spanische Heer, das über entsprechende Ausrüstung verfügt, war bisher nicht eingeschaltet. Das führte in den betroffenen Kommunen zu der Befürchtung, dass angesichts der Bilder aus dem Südwesten der Insel der ohnehin fast zum Erliegen gekommene Tourismus auf die Kanaren gänzlich kollabieren könne, obwohl die Kanaren mit Neuinfektionsraten von weit unter 50 pro 100.000 Einwohnern kein Risikogebiet sind. Die Bürgermeisterin von Mogan erklärte, sie werde aus eigenem Recht alle mit Migranten belegten Hotels zwangsräumen lassen, wenn sie nicht bis zum 31. Dezember von Migranten geräumt seien.

Da die Wirtschaft der Kanarischen Inseln zu 40 Prozent vom Tourismus abhängt und dieser zu mehr als 90 Prozent zusammengebrochen ist, steht für die Kanaren das wirtschaftliche Überleben auf dem Spiel. Dazu hat die spanische Regierung allerdings auch ein Stück weit beigetragen, weil sie für die Einreise von Touristen den umständlichen PCR-Test verlangt anstelle des ähnlich zuverlässigen Schnelltests.

Maier erklärte bei seiner Rückreise:



„Obwohl es zwischen Spanien und Marokko ein Abkommen zur Rücknahme abgelehnter Migranten gibt, missachten die marokkanischen Behörden diesen Vertrag unter Hinweis auf Covid 19. Offenbar versucht die marokkanische Regierung, Spanien mit der Förderung der Massenflucht auf die Kanaren zu ähnlichen Gegenleistungen zu erpressen, wie sie die Türkei für die wenig wirksame Begrenzung der Ausreise von Migranten in die EU erlangte. Dem darf nicht nachgegeben werden. Die Migranten haben Anspruch auf menschenwürdige Unterbringung, aber nicht auf Weiterreise auf das europäische Festland. Aus Gran Canaria darf kein zweites Lesbos werden!“

<https://www.afdbundestag.de/maier-aus-gran-canaria-darf-kein-zweites-lesbos-werden/>

CSU übernimmt Antrag der AfD-Fraktion zur Entlastung der Gastronomie

Die CSU fordert eine dauerhaft niedrige Mehrwertsteuer für Gastwirte. Sie greift hiermit einen Antrag der AfD-Fraktion im Bundestag auf, der schon im Sommer dieses Jahres in den Bundestag eingebracht wurde.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Finanzausschusses, Kay Gottschalk, hierzu:

„Die Forderung der bayrischen Landesregierung ist absolut zu unterstützen. Die AfD-Fraktion im Bundestag hatte unter meiner Federführung bereits im Sommer diese Forderung ins Plenum eingebracht, wurde da aber leider nicht von der CDU/CSU unterstützt.“

Bereits im Sommer war abzusehen, dass die Wirte den ersten Lockdown nicht ohne eine langfristige Reduzierung der Mehrwertsteuer überleben können. Weitere Einschränkungen der Gastronomie im Herbst waren damals bereits abzusehen, da der Hinweis auf die zweite Corona-Welle schon mehr als deutlich war.

Bleibt für die Gastronomie und unsere Wirtschaft zu hoffen, dass wenn auch verspätet sich dieses Mal unsere Forderung durchsetzen wird.

Es wäre nur sachdienlich die Anträge der AfD auf Sinnhaftigkeit zu prüfen und nicht rigoros abzulehnen, nur weil sie von der AfD gestellt werden.“

<https://www.afdbundestag.de/gottschalk-csu-uebernimmt-antrag-der-afd-fraktion-zur-entlastung-der-gastronomie/>

Für die Grünen ist Schutz von Gewalttätern wichtiger als Schutz der einheimischen Bevölkerung

Die Grünen-Chefin Annalena Baerbock hat behauptet, die Ankündigung von Innenminister Seehofer, Abschiebungen nach Syrien künftig in Einzelfällen prüfen zu wollen, sei ein Versuch, sich auf Kosten von Kriegsflüchtlingen aus Syrien zu profilieren. Der AfD-Fraktionsvorsitzende, Alexander Gauland, kritisiert Äußerung:

„Frau Baerbocks Äußerungen sind an Zynismus kaum zu überbieten. Angesichts der Terrortat von Dresden ist es völlig unverantwortlich, die Prüfung von Abschiebungen nach Syrien selbst in Einzelfällen pauschal zu verdammen.“

Der Tatverdächtige von Dresden ist den Behörden als Syrer bekannt, der 2015 über Balkanroute nach Deutschland kam. Nach Baerbocks Logik handelt es sich bei diesem illegal eingereisten, mutmaßlichen Mörder um einen vom deutschen Innenminister zu schützenden Kriegsflüchtling.



Offensichtlich ist für die Grünen der Schutz schwerkrimineller Gewalttäter, die sich illegal in Deutschland aufhalten, wichtiger als der Schutz der einheimischen Bevölkerung vor ebendiesen.

Die Regierung muss eine Lösung erarbeiten, um islamistische Gefährder abschieben zu können. Eine echte oder vermeintliche Herkunft aus Syrien darf kein pauschaler Freifahrtschein zur Verhinderung einer Abschiebung sein.“

<https://www.afdbundestag.de/gauland-fuer-die-gruenen-ist-schutz-von-gewalttaetern-wichtiger-als-schutz-der-einheimischen-bevoelkerung/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.12.2020

Arbeitsmarkt stirbt an Corona-Politik der Bundesregierung

Zu den aktuellen Arbeitsmarktzahlen erklärt der AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Sichert, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales:

„Die Corona-Politik der Bundesregierung schadet der Wirtschaft und treibt immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit. Im Vorjahresvergleich gibt es im November deutschlandweit 519.000 mehr Arbeitslose.

Der Arbeitsmarkt stirbt an der Corona-Politik der Bundesregierung: Eine Zunahme um über eine halbe Million Arbeitslose ist eine erschütternde Bilanz. Wirtschaft und Arbeitnehmer müssen für die überzogene Corona-Politik die Zeche zahlen. Obwohl die Regierung die Arbeitsmarktzahlen kennt, denkt sie jetzt sogar darüber nach, den Lockdown bis ins Jahr 2021 zu verlängern – das ist an Betriebsblindheit nicht zu überbieten. Wir brauchen eine Corona-Politik mit Sinn für die Realität; eine Politik, die unseren Wohlstand bewahrt. Der Lockdown muss sofort beendet werden, damit Angestellte der Gastronomie, der Hotellerie und anderer hart getroffener Branchen endlich wieder arbeiten und aktiv für ihren Lebensunterhalt sorgen können.“

<https://www.afdbundestag.de/sichert-arbeitsmarkt-stirbt-an-corona-politik-der-bundesregierung/>

Forderung von Brinkhaus nach stärkerer Beteiligung der Bundesländer berechtigt

Zur Forderung des Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag, Ralph Brinkhaus, die Bundesländer sollten künftig bei Corona-Hilfen mehr zahlen, äußert sich der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alexander Gauland, wie folgt:

„Das Etatrecht hat das Parlament. Eine von der Verfassung nicht vorgesehene Runde von Länderchefs und der Kanzlerin kann nicht freimütig über die Ausgabe von zig Milliarden an Steuergeldern entscheiden.

Es ist sehr leicht, viel Geld auszugeben, wenn es nicht das eigene ist. Die Regierungschefs der Länder dürfen nicht großzügige Versprechungen machen und dann erwarten, dass der Bundestag die daraus resultierende Rekordverschuldung kommentarlos abnickt.

In diesem Punkt hat Herr Brinkhaus recht, wenn er fordert, dass auch die Länder stärker an der Finanzierung derartiger Beschlüsse beteiligt sein müssen.“

<https://www.afdbundestag.de/gauland-forderung-von-brinkhaus-nach-staerkerer-beteiligung-der-bundeslaender-berechtigt/>



Angebliche „Pestizid-Belastung in der Luft“ – Bundesregierung darf sich nicht an ideologischer Panikmache beteiligen

Vor kurzem wurde eine bundesweite Studie zur „Pestizid-Belastung in der Luft“ vorgestellt. Die AfD-Bundestagsfraktion wollte in einer kleinen Anfrage ([19/24058](#)) an die Bundesregierung wissen, ob die Studie aufgrund des Besuchs der Pressekonferenz von Frau Svenja Schulze Einfluss auf das geplante Insektenschutzgesetz haben wird.

Dazu äußert sich der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, wie folgt:

„Die Bundesregierung schließt nicht aus, dass es Maßnahmen gegen die angebliche Pflanzenschutzmittel-Belastung in der Luft geben wird. Das lehnen wir entschieden ab.“

Die Intention der Studie war es, chemische Pflanzenschutzmittel ideologisch zu verteufeln. Die Konzentrationen der Stoffe sind so verschwindend gering, dass sie nicht im Entferntesten an die duldbare tägliche Aufnahmemenge herankommen. Aus einer Mücke wird ein Elefant gemacht. Die Bundesregierung darf sich an dieser Panikmache nicht beteiligen.“

<https://www.afdbundestag.de/protchka-angebliche-pestizid-belastung-in-der-luft-bundesregierung-darf-sich-nicht-an-ideologischer-panikmache-beteiligen/>

Lockdown-Politik ruiniert Volkswirtschaft und Staatsfinanzen!

Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im November deutlich gesunken. Der zweite „Lockdown“ hat die deutsche Wirtschaft empfindlich getroffen. Die Zuversicht in den Unternehmen sinkt, die Kurzarbeit steigt, in Handel, Gastronomie und Industrie drohen Entlassungen im großen Stil. Die verheerenden Auswirkungen des willkürlich verhängten zweiten Lockdown machen sich bereits deutlich bemerkbar.



Es kann nicht gutgehen, wenn ganze Branchen, die wie die Gastronomie vor allem von mittelständischem Unternehmertum geprägt sind, über Monate zur Untätigkeit verurteilt und an den Staatstropf gehängt werden. Die öffentliche Hand kann nicht Monat für Monat Milliardenhilfen verteilen, bei denen viele Geschädigte trotzdem außen vor bleiben, während gleichzeitig die Wertschöpfung in den Keller geht. Diese Politik ruiniert Volkswirtschaft und Staatsfinanzen und führt in die Inflation.

Die "zielgenaueren Hilfen", die Kanzleramtsminister Braun ankündigt, sind vor diesem Hintergrund eine weitere Sackgasse. Der Staat muss damit aufhören, alle ordnungspolitischen Grundsätze zu ignorieren und immer tiefer in die Wirtschaft hineinzuregieren. Weder neue "Hilfen" noch neue Eingriffe bringen die deutsche Wirtschaft wieder auf die Beine, sondern zuallererst die sofortige Beendigung der unsinnigen, wirkungslosen und kontraproduktiven Lockdown-Politik.

<https://www.tichyseinblick.de/wirtschaft/duistere-aussichten-aus-dem-ifo-institut/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.12.2020

Höchst brisantes Gutachten!

Wenn sich das bewahrheitet, dann wurden zahlreiche Unternehmer und Gastronomen völlig



umsonst in den Ruin getrieben. „Besonders pikant ist ein möglicher Interessenkonflikt bei der Studie. Wissenschaftliche Studien müssen, damit sie wirklich etwas gelten, einem so genannten „Review-Prozess“ unterworfen werden, also einer Prüfung. Im Falle der Drogen-Studie erschien diese in einem Magazin, in dem er selbst Herausgeber ist.“, ist auf der Seite reitschuster.de zu lesen.

22 angesehene internationale Wissenschaftler haben, neben kleineren Mängeln, neun schwerwiegende wissenschaftliche Fehler in der Studie entdeckt. Alle Maßnahmen, die seitens der Politik getroffen wurden, stützen sich auf diese eine Studie. Mahnungen der **#AfD**, auch kritische Wissenschaftler

zu Wort kommen zu lassen, wurden systematisch ignoriert.

<https://reitschuster.de/post/wissenschaftler-pcr-test-unbrauchbar/>

Steuermittel für Werbefilme von Joko und Klaas sind eine Zumutung

Nach Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Stephan Brandner wurden die drei Werbefilme, die unter dem Titel „Zusammen gegen Corona #besonderehelden“ von sich Reden machten, von der Florida Entertainment GmbH im Auftrag der Rahmenvertragsagentur Hirschen Group GmbH produziert. Die Werbefilme zeigen Menschen, die zu Helden stilisiert werden, da sie in der Rückschau auf das Jahr 2020 auf dem Sofa gammelten, Fastfood schmatzten und so angeblich andere Menschen vor Ansteckungen schützten.

Stephan Brandner bewertet die Beauftragung dieser Unternehmen als „pikant“, handelt es sich bei der Florida Entertainment GmbH doch um ein Unternehmen von Joko Winterscheidt und Klaas Heufer-Umlauf. Der Hirschen Group GmbH gehört zudem ein aktiver Politiker der Grünen in gehobener Position als „Director Digital and Creative Transformation“ an. Sie beteiligte sich zudem mehrfach – jedenfalls indirekt – an Wahlkampagnen der Grünen.

Brandner: „Dass die Bundesregierung die beiden Staats-Clowns ‚Joko und Klaas‘, die in der Vergangenheit auch im GEZ-finanzierten öffentlichen Rundfunk zu sehen waren, mit Steuergeldern päppelt, ist wenig überraschend. Schließlich fallen die beiden immer wieder als regierungstreue Propagandisten auf. Zur Belohnung für die immer wiederkehrende Hetze gegen die einzige Opposition, die Alternative für Deutschland, gibt es dann sicher nicht nur ordentlich Steuermittel sondern auch einen Schulterklopper der Kanzlerin. Verstrickungen, Verwicklungen und Korruption – und die Grünen mittendrin: Das ist Deutschland unter Merkel im Jahr 2020.“

<https://www.afdbundestag.de/brandner-steuermittel-fuer-werbefilme-von-joko-und-klaas-sind-eine-zumutung/>



Deutsche Schweinehalter entlasten – Exporte nach China wieder öffnen

Mit dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland ist der wichtige chinesische Absatzmarkt für Schweinefleisch schlagartig weggebrochen. Das setzt die Preise stark unter Druck und verschärft die Krise in der Schweinehaltung.

Heute wird der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Hans-Joachim Fuchtel, ein Video-Grußwort anlässlich des Tags der offenen Tür auf der 6. Deutsch-Chinesischen Agrarwoche sprechen. Es handelt sich um die zentrale Veranstaltung der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit in der Agrarwirtschaft.

Der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, äußert sich dazu wie folgt:

„Ich fordere die Bundesregierung auf, sich mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln dafür einzusetzen, dass wir wieder Schweinefleisch nach China exportieren dürfen. Die Deutsch-Chinesische Woche bietet den perfekten Anlass für diese Verhandlungen. Umso unverständlicher ist, dass lediglich ein Parlamentarischer Staatssekretär für das Grußwort abgestellt wird.“

Durch den Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest, die Corona-bedingten Einschränkungen der Schlachthöfe und die unverhältnismäßigen Lockdown-Maßnahmen sind die Schweine- und Ferkelpreise massiv in den Keller gerutscht. Die deutschen Schweinehalter befinden sich in einer existentiellen Krise und benötigen dringend unsere Hilfe. Wenn zeitnah wieder Schweinefleischerzeugnisse nach China geliefert werden könnten, dann würde das die betroffenen Tierhalter entscheidend entlasten.“

<https://www.afdbundestag.de/protchka-deutsche-schweinehalter-entlasten-exporte-nach-china-wieder-oeffnen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.12.2020

Armenier in Deutschland schützen und Erdogans Graue Wölfe verbieten

Der aserbaidisch-türkische Überfall auf Bergkarabach hat dem Hass der türkischen Grauen Wölfe auf Armenier auch in Deutschland wieder neue Nahrung gegeben: Selbst armenische Kinder werden bei uns in Drohbriefen von den türkischen Rechtsextremisten mit dem Tod bedroht, wie die WELT schreibt. Die Betroffenen hätten deutsche Politiker um Hilfe gebeten, nachdem es bereits zu Angriffen auf armenische Einrichtungen gekommen sei. In einigen europäischen Ländern gab es Angriffe auf Armenier und Bedrohungen durch die Grauen Wölfe, und es kam zu Schändungen armenischer Denkmäler.

Beatrix von Storch, stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, erklärt:

„Der Völkermordleugner Erdogan hetzt nach dem aserbaidisch-türkischen Angriffskrieg jetzt seine fünfte Kolonne in Deutschland, die rechtsextremistischen Grauen Wölfe, auf die bei uns lebenden Armenier. Was wir sofort brauchen, ist der Schutz der bedrohten Armenier in Deutschland vor der Gewalt dieser ultranationalistischen, anti-christlichen und anti-semitischen türkischen Bande, die auch vor Mord nicht zurückschreckt. Und was ebenfalls notwendig ist: Das vollständige Verbot der Grauen Wölfe in Deutschland. Das haben wir als AfD-Fraktion bereits im



Bundestag am 18. November gefordert (Bundestagsdrucksache 19/24328). Die Gefahr ist konkret: Es geht um bis zu 20.000 gewaltbereite türkische Rechtsextremisten, die eine Gefahr für unsere innere Sicherheit darstellen.“

<https://www.afdbundestag.de/beatrix-von-storch-armenier-in-deutschland-schuetzen-und-erdogans-graue-woelfe-verbieten/>

Urteil zur geschlechtsneutralen Ansprache verursacht sinnlose Bürokratie

Zum Urteil des Landgerichts Frankfurt/Main, nach dem Kunden der Bahn beim Fahrkartenkauf eine geschlechtsneutrale Ansprache verlangen können, teilt der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Peter Felser, mit:

„Dass nun sogar scheinbar seriöse Juristen diesen Unsinn mitmachen, stimmt mich sehr bedenklich. Ist der politische Druck von Linksaußen auf die Richter inzwischen so hoch, dass sie einknicken?“

Fakt ist: Niemand braucht dieses Gender-Gaga. Am Ende wird nur der Fahrgast für noch mehr sinnlose Bürokratie tiefer in die Tasche greifen müssen.

Dagegen wehren wir uns als Fraktion der Bürgerpartei AfD und sagen Nein zu teuren und realitätsfernen Ideologieprojekten ohne Nutzen für die Menschen.“

<https://www.afdbundestag.de/felser-urteil-zur-geschlechtsneutralen-ansprache-verursacht-sinnlose-buerokratie/>

Dramatischer Anstieg der Haftbefehle im Bereich des Islamismus – wir sitzen auf einer tickenden Zeitbombe

Die Gesamtzahl der zum Stichtag 30. September 2020 im Polizeilichen Informationssystem (INPOL-Z) verzeichneten Fahndungsnotierungen mit einem Haftbefehl und der Festnahme aufgrund einer Straftat, zur Strafvollstreckung, Unterbringung oder Ausweisung/Abschiebung/Zurückschiebung belief sich auf 174.100.

Das ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion unter Federführung Stephan Brandners. Außerdem waren zum Erhebungsstichtag 30. September 2020 insgesamt 7.163 offene Haftbefehle zu 1.456 Personen mit politisch motiviertem Hintergrund in INPOL-Z bzw. solche ausländischer Behörden im Schengener Informationssystem (SIS II) ausgeschrieben. Davon fallen 116 nicht vollstreckte Haftbefehle auf den PMK-Bereich „links“, 628 auf den PMK-Bereich „rechts“ und 196 auf den PMK-Bereich „ausländische Ideologie“. 5.767 nicht vollstreckte Haftbefehle ließen sich jedoch dem PMK-Bereich der „religiösen Ideologie“ zuordnen.

Stephan Brandner zeigt sich erschrocken, ob der nochmals angestiegenen Anzahl nicht vollstreckter Haftbefehle insbesondere im Bereich der religiösen Ideologie:

„Im Vergleich zu März dieses Jahrs stieg die Anzahl der nicht vollstreckten Haftbefehle im Bereich der politisch motivierten Kriminalität um 333 an. Die Zahlen sind äußerst besorgniserregend, insbesondere vor dem Hintergrund, dass darunter 259 Haftbefehle aufgrund von Terrorismusdelikten zu finden sind. Der Bundesregierung sind außerdem 169 Gefährder mit offenem Haftbefehl bekannt, 165 davon aus dem PMK-Bereich der ‚religiösen Ideologie‘ sowie 21



relevante Personen mit offenem Haftbefehl, davon 18 aus dem PMK-Bereich der ‚religiösen Ideologie‘.

Die Zahlen zeigen deutlich: Der Islamismus in allen seinen Ausprägungen ist die größte Gefahr für unser Land und unsere Demokratie. Wer das unterschätzt und immer mehr Geld in den Kampf gegen rechts pumpt, während andere Extremisten geradezu unbeobachtet ihr Unwesen treiben können, der missachtet, dass wir auf einer tickenden Zeitbombe sitzen.“

<https://www.afdbundestag.de/brandner-dramatischer-anstieg-der-haftbefehle-im-bereich-des-islamismus-wir-sitzen-auf-einer-tickenden-zeitbombe/>

Attentat im Iran – Messen mit zweierlei Maß

Der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Armin-Paulus Hampel, zur Ermordung des iranischen Atomwissenschaftler Mohsen Fachrisadeh:

„Die Beweislage im Fall Nawalny war ebenso dürftig wie sie heute im Fall des ermordeten iranischen Wissenschaftlers ist. Vieles deutet hier auf den israelischen Geheimdienst hin – nur Fakten die dies untermauern gibt es nicht, wie eben auch im Fall Nawalny.

Sollte Heiko Maas nicht den israelische Botschafter zu einem ‚dringenden Gespräch‘ ins Auswärtige Amt einbestellen? Sollte nicht die ‚unmissverständliche Aufforderung‘ an die israelische Regierung ergehen, die Hintergründe dieses Attentats aufzuklären? Sollte Israel nicht aufgefordert werden, ‚...die Verantwortlichen zu ermitteln und zur Rechenschaft...‘ zu ziehen? Sollte nicht im Rahmen der EU darüber beraten werden, wie auf die Ermordung ‚...angemessen zu reagieren...‘ sei?

Wer sich – wie Heiko Maas – zum Moralapostel in der Welt aufschwingt, kann bei der Ermordung eines Wissenschaftlers auf offener Straße nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Schon gar nicht, wenn man wie Heiko Maas ‚wegen Auschwitz‘ in die Politik gegangen ist. Wie glaubwürdig ist eine deutsche Außenpolitik, für die das Leben eines iranischen Wissenschaftlers oder eines saudi-arabischen Journalisten weniger zählt als das Leben eines russischen Oppositionellen?

Wer unglaublich in seiner Empörung ist, darf sich nicht wundern, wenn er auch sonst auf der außenpolitischen Bühne nicht ernst genommen wird. Es ist Zeit für einen Neuanfang in der deutschen Außenpolitik.“

<https://www.afdbundestag.de/hampel-attentat-im-iran-messen-mit-zweierlei-mass/>

Verlängerung des Lockdowns ist verantwortungslos!

Zur erneuten Verlängerung des Lockdowns durch die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten äußern sich die Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Alexander Gauland.

Weidel:

„Merkel und die Ministerpräsidenten rennen planlos in die Sackgasse. Der Lockdown funktioniert offenkundig nicht, die ständige Verlängerung oder gar Verschärfung ist daher unsinnig und kontraproduktiv. Dem Scharfmacher Markus





Söder ist es in seinem Profilierungsdrang anscheinend egal, ob die hilflose Lockdown-Politik ganze Branchen zugrunde richtet, zahllose Existenzen vernichtet und Hunderttausende in die Arbeitslosigkeit treibt.

Es ist an Verantwortungslosigkeit kaum zu überbieten, wenn die Bundesländer achselzuckend hinnehmen, dass die Entschädigung für zwangsweise geschlossene Betriebe zurückgefahren wird, ohne im Gegenzug für ein Ende des Lockdowns einzutreten. Statt willkürlichen Infektionszahlen nachzujagen und dafür ein ganzes Land lahmzulegen, muss die Politik sich endlich darum kümmern, die wirklich gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu schützen, um die Zahl der Todesopfer so gering wie möglich zu halten.“

Gauland:

„Schon wieder ist der für die Wirtschaft unseres Landes verhängnisvolle Lockdown verlängert worden. Mittlerweile tagt die im Grundgesetz nicht vorgesehene Kungelrunde aus der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten beinahe im Wochentakt und trifft schwerwiegende Entscheidungen. Es scheint fast so, als solle mit den regelmäßigen Tagungen dieser Runde in der Öffentlichkeit ein Gewöhnungseffekt erreicht werden.

Doch wir werden uns mit diesem verfassungsrechtlich fragwürdigen Gremium niemals abfinden. Die Debatte über eine Verlängerung des Lockdowns gehört in den Bundestag. Nur das Parlament darf über derart weitreichende Maßnahmen wie die zeitweise Einschränkung von Grundrechten entscheiden.

Statt den Hoteliers und Gastronomen, die in immer größere wirtschaftliche Not geratenen, alle vierzehn Tage durch die abermalige Verlängerung des Lockdowns einen weiteren Tiefschlag zu versetzen, ist es an der Zeit, umzusteuern und den Schwerpunkt im Kampf gegen die Corona-Pandemie auf den Schutz von Risikogruppen zu verlegen.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/797239094192937/>



Video-Empfehlungen

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD:

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Meldungen aus Deutschland und der Welt

Nachrichten aus Deutschland und der Welt

Transhumanismus: WEF-Gründer Schwab prophezeit "Verschmelzung physischer und digitaler Identität"

<https://de.rt.com/gesellschaft/109670-transhumanismus-wef-gruender-schwab-prophezeit/>

Agierte Laschets Sohn als Lobbyist beim Kauf von Corona-Schutzausrüstung in NRW?

<https://de.rt.com/inland/109897-spd-anfrage-welche-rolle-spielte-laschets-sohn-beim-kauf-von-schutzausruestung-in-nrw/>

Internationaler Flugverband will Reiseverbot für „Impfgegner“ durchsetzen!

<https://unser-mitteuropa.com/internationaler-flugverband-will-reiseverbot-fuer-impfgegner-durchsetzen/>

Fingerabdruck auf Ausweis wird Pflicht

<https://www.n-tv.de/politik/Fingerabdruck-auf-Ausweis-wird-Pflicht-article22197588.html>

Ernst Wolff: "In den letzten Monaten hat die größte Bereicherungssorgie seit über hundert Jahren stattgefunden"

<https://2020news.de/in-den-letzten-monaten-hat-die-groesste-bereicherungssorgie-seit-ueber-hundert-jahren-stattgefunden/>

Deutsche Bank schließt 200 Filialen - auch Postbank betroffen

https://m.focus.de/finanzen/news/bis-ende-2022-filialnetz-schrumpft-deutsche-bank-will-200-zweigstellen-schliessen_id_12726360.html

Überdimensionaler Wahlbetrug: 30.000 tote Wähler, 47 USB-Karten verschwunden, 1,2 Mio. Stimmen faul?

<https://www.epochtimes.de/politik/ausland/ueberdimensionaler-wahlbetrug-30-000-tote-waehler-47-usb-karten-verschwunden-12-mio-stimmen-faul-a3393406.html>

Bayerns Polizei bekommt gepanzerte Fahrzeuge mit Waffenstationen

<https://de.rt.com/inland/109949-bayerns-polizei-bekommt-gepanzerte-fahrzeuge-mit-waffenstationen/>



Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08gQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gq#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>

Wegen Corona: Deutschlands größte Friseurkette Klier ist insolvent

https://m.focus.de/finanzen/news/unternehmen/sprecher-spekulation-insolvent-wegen-corona-deutschlands-groesste-friseur-kette-klier-schliesst-450-salons_id_12719696.html

Dr. Wodarg und Dr. Yeadon beantragen den Stopp sämtlicher Corona-Impfstudien und rufen zum Mitzeichnen der Petition auf

<https://2020news.de/dr-wodarg-und-dr-yeadon-beantragen-den-stopp-saemtlicher-corona-impfstudien-und-rufen-zum-mitzeichnen-der-petition-auf/>

Neue Impfstoffe noch gefährlicher: Fremd-DNA kann irreversible Schäden verursachen

<https://www.body-effects.com/neue-impfstoffe-noch-gef%C3%A4hrlicher>

Jetzt empfiehlt die WHO, Masken auch in der eigenen Wohnung zu tragen

<https://www.welt.de/vermischtes/article221598372/Corona-Neue-WHO-Empfehlung-Maske-kann-auch-zu-Hause-sinnvoll-sein.html>

Sonderauswertung Sterbefälle Deutschland 2020: Bis November exakt im Schnitt der Vorjahre

<https://www.epochtimes.de/gesundheit/sonderauswertung-sterbefaelle-deutschland-2020-bis-november-exakt-im-schnitt-der-vorjahre-a3393926.html>

Neues UNFASSBAR-VIDEO: „Mainstream zeigt Flagge – Das kommt auf Corona-Impfbefürworter zu!“

<http://www.guido-grandt.de/2020/12/01/neues-unfassbar-video-mainstream-zeigt-flagge-das-kommt-auf-corona-impfbefuerworter-zu/>

Massive Bedenken zu Covid-Impfung: Krankheit könnte verstärkt werden

<https://www.wochenblick.at/massive-bedenken-zu-covid-impfung-krankheit-koennte-verstaerkt-werden/>



Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-qkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Allgemeinverfügung Landkreis Bautzen vom 30.11.2020

https://www.landkreis-bautzen.de/download/landrat/Sonderausgabe_082020_vom_30.11.2020.pdf

Sachsen droht ein harter Lockdown

<https://www.n-tv.de/panorama/Sachsen-droht-ein-harter-Lockdown-article22208853.html>

Ministerpräsident Kretschmer warnt vor komplettem Lockdown ab Januar

<https://www.mdr.de/sachsen/corona-sachsen-kretschmer-moma-kitas-gastro-100.html>

MICHAEL KRETSCHMER SAGT VORAUS: NORMALITÄT ERST WIEDER AB MAI/JUNI 2021

<https://www.tag24.de/nachrichten/politik/deutschland/politiker/michael-kretschmer/michael-kretschmer-sagt-voraus-normalitaet-erst-wieder-ab-mai-juni-2021-1747861>

Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

Wörth: Zwei Afghanen sollen 17-Jährige vergewaltigt haben

<https://www.pfalz-express.de/woerth-zwei-afghanen-sollen-17-jaehrige-vergewaltigt-haben/>

Mann vor Geschäft in Kreuzberg angeschossen

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2020/11/berlin-kreuzberg-schuesse-taeter-fluechten-verbinding-clanmilieu.html>

Trier: Amokfahrer rast in Fußgänger – vier Tote und viele Verletzte

<http://www.pi-news.net/2020/12/trier-amokfahrer-rast-in-fussgaenger-vier-tote-und-viele-verletzte/>

Weitere 99 Migranten aus Griechenland in Hannover gelandet

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/weitere-99-migranten-aus-griechenland-in-hannover-gelandet-a3394950.html>



Fakten in Bildern

Grippewelle 2017/2018
"Schlimmste Grippewelle seit 30 Jahren"
25.100 Tote innerhalb von 3 Monaten
Maßnahmen:
- Keine
- Impfeempfehlungen
- Hinweise auf Hust- und Nieshygiene

Corona 2020
3.000 Tote innerhalb von 3 Monaten
Maßnahmen:
- Lockdown
- Ausgangseinschränkungen
- Versammlungsverbote
- Reisebeschränkungen
- Polizeikontrollen, Anzeigen, Bußgelder
- Mundschutzpflicht
- Öffnungsverbote für Geschäfte, Restaurants, Bars
- Androhung von Zwangsisolation
- Wirtschaftsschäden in Milliardenhöhe

@unzensiert
Unzensiert
heute um 18:45



Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen